

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

16.2.1931 (No. 39)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Spezialteil:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Hauptredaktion
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 9515

Seitensartikler
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Elementarzeichen. Briefe und Gelder frei. Bei Abrechnung tarifierter Rubrik, der als Rubrikzahl gilt und bezogen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostundenverfahren fällt der Fall die Geltung verlohnt, in beschränktem Umfang oder nicht erachtet. — Für telefonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abrechnung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung der Türkei

Der türkische Wahl-Konsul in Stuttgart, Franz Arnold, ist von seinem Amt zurückgetreten. Die Geschäfte des Konsulats werden vorläufig von dem türkischen Wahl-Konsul Albert Mehling in Würzburg, Domstraße Nr. 70, wahrgenommen.

Rücktritt der spanischen Regierung

Die Wahlen abgesetzt

Das spanische Kabinett Berenguer ist am Samstag zurückgetreten. König Alfonso beauftragte die Regierung mit der Weiterführung der laufenden Angelegenheiten und hat außerdem ein Dekret unterzeichnet, durch das die Ausschreibung der Cortes-Wahlen, die bekanntlich auf den 1. März anberaumt waren, rückgängig gemacht wird. Das neue Kabinett wird voraussichtlich aus gemäßigten Konservativen und gemäßigten Liberalen zusammengesetzt werden.

Die Lage in Spanien wird in der Pariser Presse außerordentlich ernst beurteilt. Die Linkspresse rechnet schon mit dem nahen Sturz der Monarchie. Der Liberalismus — schreibt die „Republique“ — kann gegenwärtig nur gegen den König regieren. Das ganze Land verlange die öffentlichen Freiheiten und wisse, daß es sie nur dann erhalten könne, wenn der König verschwinde. Der „Quotidien“ meint: „Dies ist jetzt mehr als eine Krise, das ist vielleicht die Revolution.“

Eine Erklärung Santiago Albas

Madrid, 16. Febr. (Tel.) Der in Paris anässige spanische Politiker Santiago Alba, der aufgefordert worden ist, nach Madrid zurückzukehren, um die Kabinettsbildung zu übernehmen, hat gestern abend einem Vertreter von „Cada“ mitgeteilt, er werde heute, Montag, vormittag eine Unterredung mit dem spanischen Botschafter in Paris haben und dann der Presse Erklärungen übermitteln. In Beantwortung einer Frage betonte Alba, es sei dringend notwendig, den König auf die Änderungen aufmerksam zu machen, die in der traditionellen Politik der spanischen Monarchie vorgenommen werden müßten.

Madrid, 16. Febr. (Tel.) Santiago Alba teilt mit, daß er das Angebot des Königs von Spanien, ein neues Kabinett zu bilden, abgelehnt habe. Er habe dem König gegenüber nochmals Bezug auf seine Erklärung genommen, in der er für die Bildung der neuen Regierung die Parteien von Sanchez Guerra und Melquiades Alvarez vorgeschlagen habe. Er, Alba, wünsche sich außerhalb der jetzigen Krise zu halten.

Rundgebungen in Madrid

Madrid, 16. Febr. (Tel.) Über die gestrigen, bereits kurz gemeldeten Zwischenfälle in Madrid, berichtet „Journal“, daß es zu einer lebhaften Rundgebung linksgerichteter Elemente gekommen sei, als ein Auto durch die Straßen fuhr, in dem die Witwe des wegen Teilnahme an dem Aufstandsversuch in Jaca erschossenen Hauptmanns Garcia Fernandez saß. Bei dieser Gelegenheit habe die Menge gerufen: „Nieder mit der Monarchie, Tod dem König!“ Es lebe die Republik!“ Ein mit Polizei besetzter Autobus wurde von der Menge mit Steinen beworfen. Bei dem dann folgenden Zusammenstoß wurden 8 Personen verletzt.

Bedenken gegen den Schenkervertrag

Reichsverkehrsministerium und Reichsbahnverwaltung

Der Reichsverkehrsminister hat die Reichsbahnverwaltung darauf aufmerksam gemacht, daß nach seiner Auffassung der zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Expeditionsfirma Schenker & Co. G. m. b. H. abgeschlossene Vertrag der Genehmigung der Reichsregierung bedürfe. Der Reichsverkehrsminister hat die Reichsbahn deshalb ersucht, von der Durchführung des Vertrages bis auf weiteres Abstand zu nehmen. Die Reichsbahn hat dem Reichsverkehrsminister den Vertrag lediglich im Wortlaut vorgelegt, im übrigen aber ihm gegenüber bisher keine Stellung eingenommen.

Der Reichsverkehrsminister ist der Überzeugung, daß die Frage, ob die Genehmigung der Reichsregierung erteilt werden könne, der genauesten Prüfung durch die Reichsregierung bedürfe, da der Vertrag eine Reihe von Bestimmungen enthalte, die zu den ernstesten Bedenken Anlaß geben müßten.

Die Reichsbahnverwaltung vertritt den Standpunkt, daß von ihr abgeschlossene Vertrag nach dem Reichsbahngesetz nicht der Genehmigung des Reichsverkehrsministeriums bedürfe. Die Reichsbahn ist außerdem der Ansicht, daß der Vertrag sich in einer außerordentlich starken Senkung der Frachtkosten auswirken wird, die sich für Güter teilweise bis zu 40 Prozent berechnen lasse. Auch habe die Reichsbahn über den mit Schenker abgeschlossenen Vertrag hinaus Sicherungen zugunsten der freien Expeditionsfirma vereinbart.

Fünfstagewoche in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 16. Febr. (Tel.) Wie die „B. Z. a. M.“ mitteilt, ist heute das Abkommen in Kraft getreten, das zwischen den Gewerkschaften und dem Verband Berliner Metallindustrieller abgeschlossen wurde, zu dem Zweck, einen weiteren Abbau von Angestellten und Arbeitern zu verhindern. Die Durchführung des Abkommens bedeutet für die Arbeiter die Einführung der Fünfstagewoche, für die Angestellten späteren Arbeitsbeginn und früheren Arbeitschluß.

Letzte Nachrichten

Schwierige Verhandlungen über den Reichstwehretat

Die Sozialdemokratie zu den kommunistischen Agitationsanträgen

M. Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen sieht man der bevorstehenden Beratung des Reichstwehretats mit einiger Besorgnis entgegen. Man befürchtet vor allem Zugeständnisse an die Sozialdemokratie, die in eine unangenehme Lage kommen kann, weil sie jetzt mit den Kommunisten gemeinsam die Mehrheit hat und sehr schlecht durch die Meldungen über gemeinsame Beziehungen zwischen der Nationalsozialistischen Partei und einzelnen Offizieren oder Beamten der Reichswehr stark erregt worden ist. Allerdings wird das auch durch den Entschluß des Reichstags von Hammerstein bestätigt.

Dagegen scheint es, als ob in den Dörfchenfragen die bisherigen Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen sind. Wie aus politischen Kreisen gesagt wird, ist das auf den Einfluß des preussischen Ministerpräsidenten zurückzuführen.

Die englische Regierung über die Herabsetzung der Zölle

Eine Anfrage an Deutschland

M. Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel.) Die englische Regierung hat, wie berichtet, an verschiedene Mächte, darunter auch an Deutschland, die Mitteilung gelangen lassen, in denen sie eine Reihe von Wünschen nach Herabsetzung der Zölle geäußert hat. In erster Linie gilt dies für Textil-, Metall- u. Steingutwaren usw. Wie wir hier erfahren, sieht sich die englische Regierung dabei auf Verhandlungen der Zollfriedenskonferenz vom Jahre 1929, in der gebeten wurde, daß man den Ländern mit Freihandel, das sind in erster Linie England und Holland, möglichst weitgehend entgegenkommen solle.

Wie wir erfahren, hat übrigens auch die niederländische Regierung vor etwa 8 bis 10 Tagen in der gleichen Richtung bei der deutschen Gesandtschaft im Haag vorgeschrieben. Die britische Regierung bietet als Gegenleistung die Änderung ihres jetzigen Handelssystems, außer den Einzelkonzessionen. In Berlin betrachtet man die Frage als außerordentlich wichtig, angesichts der engen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien.

Der deutsche Außenhandel im Januar

Ausfuhrüberschuß von 150 Millionen

Berlin, 16. Febr. (Tel.) Die Handelsbilanz im Januar ergibt bei einer tatsächlichen Einfuhr von rund 625 Millionen Reichsmark einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 100 Millionen Reichsmark. Einschließlich der Reparationszahlungen übersteigt im Januar der Wert der ins Ausland abgeführten Waren die Einfuhr um 150 Millionen Reichsmark. Gegenüber dem Vormonat ist die Einfuhr um 82 Millionen Reichsmark gesunken. An der tatsächlichen Einfuhrabnahme sind zu 46 Prozent Rohstoffe und halbfertige Waren, zu 34 Prozent Lebensmittel und Getränke und zu 20 Prozent Fertigwaren beteiligt. Die Ausfuhr, einschließlich der Reparationszahlungen ist gegen Dezember um 128 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Der Rückgang beruht fast ausschließlich auf dem um 122 Millionen Reichsmark verminderten Absatz von Fertigwaren, der bei fast allen Industrieerzeugnissen zu beobachten ist.

Beginn des Leipziger Waffendiebstahlprozesses

Leipzig, 16. Febr. (Tel.) Vor dem 4. Straffenat des Reichsgerichts begann heute der Prozeß wegen des Leipziger Waffendiebstahls. Die Angeklagten begrüßten ihre Bestimmungsgenossen beim Betreten des Gerichtssaales zum Teil mit lauten Hohnrufen. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Löwenthal erklärte, den Vorstehenden, Reichsgerichtsrat Schmitz, wegen Befangenheit ablehnen zu müssen, da dieser angeblich mit der R.S.D.A.P. sympathisiere. Der Senat zog sich zur Beratung über den Ablehnungsantrag zurück.

Reichsgerichtsrat Dr. Coenders gab bekannt, daß sich Reichsgerichtsrat Schmitz zu dem Ablehnungsantrag im wesentlichen wie folgt geäußert habe: „Ich halte mich nicht für befangen. Die tatsächlichen Behauptungen, auf die sich das mich betreffende Ablehnungsgesuch stützt, sind falsch. Jene, welche Sympathien für die R.S.D.A.P. habe ich niemals gehabt und stehe ihr innerlich wie äußerlich vollkommen fern.“ Nachdem der Vorsitzende ferner darauf hingewiesen hatte, daß auch die Reichsregierung zu den Mitteilungen über Reichsgerichtsrat Schmitz Stellung genommen und sie als falsch bezeichnet habe, zog Rechtsanwalt Dr. Löwenthal den Ablehnungsantrag zurück.

Im Lohnstreit des deutschen Buchdruckgewerbes hat das Reichsarbeitsministerium den Schiedspruch vom 2. Februar, durch den der Spitzenlohn von 58,50 auf 56 Reichsmark wöchentlich herabgesetzt worden ist, für verbindlich erklärt.

Baden und die Reichsaufträge

Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, die sich mit der Lage der Reichsaufträge an die deutschen Länder befaßt hat, ist bekanntlich erst nach langem Drängen auf Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ausgegeben worden. Leider konnte aus ihr ein klares Bild über die Vergebungspraxis der Reichsbehörden nicht gewonnen werden, was in der Öffentlichkeit lebhaft kritisiert wurde. Es ist das Verdienst des Reichstagsabgeordneten Raach von der Bayerischen Volkspartei, in einer umfangreichen Darstellung, die jetzt in der Wirtschaftszeitschrift „Der deutsche Süden“ erschienen ist (Nr. 1, Januar 1931), in das Dunkel der Darstellung des Reichswirtschaftsministeriums hineingeleuchtet zu haben. Aus seinen Ausführungen geht klar hervor, daß die süddeutschen Länder bei der Vergebung der Reichsaufträge systematisch benachteiligt worden sind, während Preußen von den Reichsbehörden mehr als das Doppelte dessen an Aufträgen erhielt, was es an eigenen Landesaufträgen zu vergeben hat. Von insgesamt 786 Millionen erfaßten Reichsaufträgen über 20 000 RM Einzelwert, die in der Zeit vom 1. Juli 1929 bis zum 31. März 1930 vergeben wurden, sind nicht weniger als 600,6 Millionen oder 76,5 v. H. im Bereich der Provinz Brandenburg, d. h. in Berlin, vergeben worden.

Für unser Land Baden betrug die Summe der empfangenen Reichsaufträge 21 126 000 RM oder 2,7 v. H. der Gesamtvergebung. Nach der Zahl der in der Industrie und im Handwerk beschäftigten beträgt der schlüsselfähige Sollanteil 3,7 v. H., d. h. 29 066 000 RM. Baden hat demnach um 7 940 000 RM weniger an Reichsaufträgen erhalten, als ihm nach dem schlüsselfähigen Sollanteil zukommt.

Das Reichswirtschaftsministerium hat sich in seiner Denkschrift vor allem auf die Standortstheorie berufen. Raach weist in seinen Ausführungen nach, daß diese Theorie nicht haltbar ist. Auf verschiedenen Wirtschaftszweigen, wie z. B. in der Papier- und Kartonagenindustrie, der Textilindustrie, der Stark- und Schwachstromindustrie usw., die auch in Süddeutschland hervorragende Standorte besitzen, hat Preußen um ein Vielfaches mehr an Reichsaufträgen erhalten, als nach der Standortstheorie berechtigt war. Auf dem Gebiet der Holzindustrie, wo der Anteil Badens am deutschen Gesamtumsatz 5,2 v. H. beträgt, hat dieses nur 3,1 v. H. an Reichsaufträgen erhalten, während Preußen mehr als 80 v. H. erhielt.

Wendet man die für die großen Aufträge aus den Angaben der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums ermittelten Verteilungsprozente auf die Gesamtvergebung des Reiches an, so bleibt man dabei, was den übertragenden Anteil Preußens angeht, hinter der Wirklichkeit noch erheblich zurück. Danach hat Preußen im Etatsjahr 1929/30 um nicht weniger als 496 Millionen Reichsmark an Reichsaufträgen zuviel erhalten. Für Baden betrüge der schlüsselfähige Anteil nach der Zahl der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen 3,7 v. H. oder 93 Millionen Reichsmark. In Wirklichkeit erhielt Baden aber nur 2,7 v. H. oder 65 Millionen Reichsmark an Reichsaufträgen, mithin um 28 Millionen zu wenig. Dabei ist zu bedenken, daß es sich hier nur um Reichsaufträge von über 20 000 bzw. 50 000 RM (von der Reichsbahn) handelt. Man kann sich leicht denken, daß die unter diesen Ziffern gelegenen Aufträge hauptsächlich in Preußen, bzw. in Berlin hängen geblieben sind.

Besonders bemerkenswert ist der Hinweis Raachs, daß die Reichsaufträge für das damit versorgte Wirtschaftsgebiet fast hundertprozentig eine steuerliche Entlastung darstellen, die das Bild einer gleichmäßigen Lastenverteilung über das Reich hinweg in geradezu grotesker Weise verändert zugunsten Preußens, das bis auf einen Rest von 207 Millionen Reichsmark seine gesamten direkten Reichsteuern durch Reichsaufträge in seine Wirtschaft zurücküberführt erhält. Die Nettobelastung aus direkten Reichsteuern nach Abzug von 90 v. H. der Reichsaufträge beträgt auf den Kopf der Bevölkerung für Preußen 10,6 RM, für die übrigen deutschen Länder 37,8 RM, also fast das Vierfache. Die Rheinprovinz erhält an Reichsaufträgen so viel überwiesen, daß dadurch an direkten Reichsteuern nicht nur alles gedeckt wird, sondern noch ein Überschuß bleibt, der auf den Kopf der Bevölkerung 34,50 RM beträgt.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 16. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Für Baden ergibt die Statistik über die Verteilung der Reichsaufträge 1929/30 von 2500 Millionen und der direkten Reichsteuern folgendes Bild:

Beteiligung an der Gesamtzahl der in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen: 3,7 v. H.
Beteiligung am Umsatzsteuerpflichtigen Umsatz der Industrie: 3,8 v. H.

Leistung an direkten Reichsteuern (Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer): 3,4 v. H. oder 123 Millionen Reichsmark, auf den Kopf der Bevölkerung 53,2 Reichsmark.

Demgegenüber beträgt für Baden:
Der Anteil an der Gesamtsumme von Reichsaufträgen: 2,7 v. H. oder 65 Millionen Reichsmark.

Verhältnis der empfangenen Reichsaufträge zu den bezahlten direkten Reichsteuern: 52,8 v. H.

Überschuß der bezahlten Reichsteuern über die empfangenen Reichsaufträge: 58 Millionen Reichsmark.

Nettobelastung aus den direkten Reichsteuern, nach Abzug von 90 v. H. der empfangenen Reichsaufträge 64 Millionen Reichsmark, auf den Kopf der Bevölkerung 27,7 RM.

Deutlicher kann die Wirkung des einseitigen Zurückstehens der vom ganzen Reich ausgehenden Steuermitte in Form einseitiger Vergabe der Reichsaufträge nicht illustriert werden. Die Darstellungen Rauchs, wonach Preußen seit dem Kriege, von den 700 Ruhrmillionen ganz abgesehen, über seinen schließlichen Anteil hinaus ein Mehr von rund 5 Milliarden an Reichsaufträgen aus allgemeinen Steuermitteln erhalten hat, die übrigen Länder aber um 5 Milliarden zu wenig, darunter Baden 300 Millionen zu wenig, bedeuten eine vernichtende Kritik des bisher geübten Verteilungssystems. Die Bemerkung ist vollberechtigt, daß man sich angesichts dieser Zahlen über die zunehmende Verarmung der Randstaaten nicht zu wundern braucht.

Die Verteilung der Reichsaufträge hat aber auch ihre politische Seite. Sie gibt einen Vorgeschmack von dem, was die Länder zu erwarten haben, wenn sie einmal in dem vielgepriesenen „Einheitsstaat“ zu „Provinzen“ geworden sind. Sie werden zugunsten der Zentrale und des Hegemonialstaates Preußen wirtschaftlich veröden. Die Länderregierungen haben daher allen Anlaß, zusammen mit den Wirtschaftskreisen auf eine gerechtere Verteilung der Reichsaufträge mit allem Nachdruck hinzuwirken. Das gilt vor allem für Baden, dessen Grenzlandcharakter mit allen seinen wirtschaftlichen und finanziellen Nachteilen immer mehr in die Erscheinung tritt. Je mehr in den Ländern die Wirtschaft geschwächt wird, desto geringer wird ihre Finanzkraft und desto leichter werden Auffangsprozesse und Verlust der staatlichen Selbständigkeit vor sich gehen.

Lockerung der Diktatur in Portugal?

W. B. Paris, 16. Febr. (Tel.) Wie Cabas aus Lissabon meldet, soll in der ersten Märzhälfte dort eine große Versammlung von Vertretern der von der jetzigen Regierung geschaffenen Nationalpartei abgehalten werden, in der ein Meinungsaustrausch über die politische Haltung der Regierung vorgenommen und von dem neuen Verfassungsgesetz Kenntnis genommen werden soll. Nach dem Verfassungsgesetz werde die Regierung ein Wahlgesetz ausarbeiten, damit in diesem Jahre die Wahlen der Verwaltungskörperschaften vorgenommen und damit die Rückkehr zu normalen verfassungsmäßigen Zuständen eingeleitet werden könne.

Verbot der Einfuhr russischen Holzes nach Amerika. Das Schatzamt in Washington hat die Einfuhr von Holz russischen Ursprungs aus vier bestimmten Bezirken (darunter die Halbinsel Kola und die murmanische Küste) verboten, es sei denn, daß die Abfender beweisen können, die Ware sei nicht durch Sträfungsarbeit hergestellt worden. — Canada will zusammen mit Amerika handeln und die Einfuhr russischer Kohle verbieten.

Safing im Bad. Landestheater

Seit einigen Jahren verwandelt sich zur Karnevalszeit der Lustspieltempel am Schloßplatz in ein richtiges Karnevalsparadies, um seinen Besuchern, die nach so manch erntem Kunstgenuß schließlich auch einmal von Herzen amüsiert sein wollen, prädicende Stunden heiterster Unterhaltung zu bieten. Es ist zweifellos ein besonderes Verdienst, ja geradezu eine Spezialität des Intendanten Dr. Hans Waag, bei den übermütigen Ereignissen, die da sich in rasendem Tempo folgen, stets für neue Variationen zu sorgen. Auch heuer genügt eigentlich schon die Lektüre der programmatischen Inhaltsangabe, damit niemand den vielen, fast viel zu vielen versprochenen Dingen mit Sorge entgegenzusehen braucht; es wird unter all diesen glühenden Unmöglichkeiten, in dem farbigen Wulst voll lustigen Luftsinns bestimmt wieder etwas sein, das ausgerechnet für ihn gemünzt und zu seinem Privatvergnügen arrangiert scheint. Nach dem turbulenten Auftakt am Freitagabend darf man sogar in schönster Übereinstimmung mit dem offiziellen Ansager — Felix Waumbach ist für solch ein Ehrenamt nicht erst frisch patentiert, sondern seit langem bewährt — erwarten, daß so ziemlich jede Nummer dieser „Bunten Bühne“ stark vitaminhaltig (an Lauchzucker) ist, und einen dementsprechend heiteren Niederschlag findet.

Natürlich kann man all die erprobten Mittel feinerer Kabarettistik, die da aus Parodie, aus Gesang und Tanz, aber auch nach Kostümierung und Farbenwirkung die mannigfaltigsten Eindrücke ergeben, nicht einzeln zerlegen, sondern hier nur die schmackhaftesten Lederbissen aufzählen. Da bringt gleich nach der Ouvertüre, die übrigens beweist, daß außer unserem Generalmusikdirektor auch dessen jüngster Bruder Heinrich „Kripis“ hat, ein geistreich-elender Dialog zwischen der Barterfrau „Pauline“ und dem Logenschlichter „Duso“ eine erste Gelegenheit für bereitwillige Lacher, und nach dem hübschen Duett „Im Flugzeug“ ist dem von G. v. M. überprüfenden Stetich „Die Erbschaft“ ebenfalls ein Dombenerfolg sicher. Weiter bergauf auf der Stimmungsfördernden Leiter gehts dann beim lustigen Tanz „Midi Maus“, der besten Leistung unserer Balletttruppe, die im Verlauf des Abends mindestens zehnmal ihre feinen Kostüme (Fabrikat: Marg. Schellenberg) wechseln müssen, aber auch, wenn sie später im optischen „Farbentanz“

Aus dem Reichstag

Etat des Reichsjustizministeriums

Die Abwesenheit der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten von den Reichstagsverhandlungen scheint doch zu einer wesentlichen Beschleunigung der Beratung beigetragen. Wenigstens war das am Samstag festzustellen, wo die zweite Beratung des Justizetats in Verbindung mit der dritten Beratung der Novelle zum Preßgesetz in kaum drei Stunden erledigt werden konnte.

Es sprachen nur der christlichsoziale Strafvollzugsfachmann Nuntau, die beiden Sozialdemokraten Dr. Marum und Landsberg und die Kommunisten Löwenthal und Giesche. Auf die sozialdemokratische und die kommunistische Kritik am Reichsgericht erwiderte Staatssekretär Joel, der seit der Amtsniederlegung des letzten Justizministers Pröbdt der Leiter des Reichsjustizministeriums ist. Er wies den Vorwurf zurück, daß in Hochverratsfällen die politisch rechts eingestellten Angeklagten gegenüber denen von links begünstigt würden. Staatssekretär Joel sprach sich auch gegen die schiedsrichterliche Tätigkeit von Reichsgerichtsräten aus, meinte aber, dagegen könne erst bei einer Neuordnung des Beamtenrechtes vorgegangen werden.

Nebenher ging ein heftiger Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über die Amnestiefrage. Es ging dabei zeitweise so lebhaft zu, daß die kommunistischen Abgeordneten Cedert und Bohnenstengel aus dem Saale gewiesen werden mußten.

Zur dritten Beratung der gleichzeitig mit der Geschäftsordnungsveränderung eingebrachten Novelle zum Preßgesetz nahm überhaupt niemand das Wort. Mit dieser Novelle soll der Zustand beseitigt werden, daß durch ihre Immunität geschützte Abgeordnete als verantwortliche Redakteure von Zeitungen und Zeitschriften zeichnen. Die Schlüsselabstimmung über diese Novelle wurde zurückgestellt, weil das Haus die am Samstag übliche schwache Besetzung zeigte.

Ohne Aussprache wurde der deutschamerikanische Auslieferungsvertrag durch Kenntnisnahme genehmigt.

Die nächste Sitzung soll erst am nächsten Donnerstag um 3 Uhr stattfinden. Auf ihrer Tagesordnung steht die zweite Beratung des Vertriebsgesetzes.

Die Städte zur Arbeitslosenhilfe

Für Zusammenlegung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtsdienstleistungen

Der Deutsche Städtetag veranstaltete dieser Tage in Berlin eine Pressebesprechung, in der Präsident Dr. Mulert über die Vorschläge des Städtetages zur Reform der Arbeitslosenfürsorge sprach. Die Finanzlage der Gemeinden, so führte er aus, habe sich katastrophal verschlechtert. Die Zahl der Wohlfahrtsdienstleistungen in den deutschen Gemeinden sei von 320 000 Anfang 1930 auf 800 000 gestiegen und werde im Laufe des Jahres auf 900 000 ansteigen.

Das jetzige Nebeneinanderarbeiten von Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt sei eine sehr ungewinnliche Verwaltungsorganisation. Der Deutsche Städtetag habe daher einen formulierten Gesetzentwurf für Vereinigung ausgearbeitet. Die Kosten der Reichsarbeitslosenfürsorge müßten Reich, Länder und Gemeinden gemeinsam tragen. Man nimmt an, daß 1931 durchschnittlich 1,25 Millionen Wohlfahrtsdienstleistungen und 750 000 Krisenunterstützte, d. h. also zusammen rund 2 Millionen Empfänger der Reichsarbeitslosenfürsorge, vorhanden sein werden. Wenn man davon ausgeht, daß die einzelne Familie durchschnittlich jährlich 700 Reichsmark Unterstützung erhält, so werden für das ganze Jahr 1,4 Milliarden Reichsmark benötigt, wovon nach dem Vorschlag des Staatsrats 50 Proz. das Reich und die Länder und Gemeinden je 25 Proz. tragen.

Feierliche Inthronisation des Bischofs Dr. Gröber. In Bautzen (Sachsen) erfolgte am Sonntag die feierliche Inthronisation des neuen Bischofs von Meißen, Dr. Conrad Gröber, in der Kathedrale St. Petri. In feierlichem Zuge wurde Bischof Gröber, der 43. Bischof des Bistums Meißen, von Abordnungen der katholischen Organisationen und der Studentenverbindungen und von den Geistlichen zur Kirche und dort zum Altar und zu seinem Thron geleitet. Da Bischof Dr. Gröber von seiner Erkrankung noch nicht völlig wiederhergestellt ist, wurde am Sonntag von Empfangen abgesehen.

Noch über 21 000 preussische Junglehrer ohne Beschäftigung. Der preussische Kultusminister hat dem Landtag eine Übersicht über die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber nach dem Stande vom 15. November 1930 überreicht. Danach sind noch 21 527 stellenlose Bewerber vorhanden, von denen vorläufig beschäftigt sind 13 623, so daß völlig ohne Beschäftigung im Schuldienst 7904 Junglehrer sind.

fast gar nichts mehr anhaben, nicht minder anziehend wirken. Wir registrieren fernerhin: „Sex Appeal“ mit Lilli Jaak als ausgelassener Coupletensängerin, die schnell auf offener Bühne improvisierte Verwandlungsgroteske über das Volkslied „Steh ich in finst'rer Winternacht“, wobei der schwarze Haß Viktor Preussas wirklich ins Schwarze trifft, jedoch die famose Sololänge „Wimbelbühne“ von Hermann Brand, der freilich mit seinem zweiten Beitrag „Die Rettung“ doch weit Urtomischeres bietet, und — last not least — Kelly Rademacher, weil sie das originelle Stückchen „Mein Konfilm“ mit so ausgezeichneter durchdrachten Keinen Zügen ausstattet und einfach unwiderstehlich ist.

Diese Auslese des Besten mag genügen, um kurz über die bunte Vielfaltigkeit insgesamt zu informieren, die diesmal ihre theatralische Belebungsstärke erfährt. Es ist ein so ungeheurer Apparat aufgedrückt, daß man wahrlich auch mit etwas weniger schon vollauf zufrieden wäre, und wer wirklich den oder jenen Namen eines Prominenten doch noch bemerkt, dem sei gesagt, daß sie alle, alle Stars aus Oper und Schauspiel zum guten Ende im „Theater am tausenden Rand“ erscheinen, das im luxuriösen Schlufbild tatsächlich das ganze Personal die Bühne füllt und stürmisch beklatscht wird. Und wenn sie nun so zahlreich versammelt sind, ist es eine um so angenehme Pflicht, von den an den verschiedensten Angewandten der Veranstaltung Hauptbeteiligten wenigstens noch Torsten Hecht, der mit sehenswerten Dekorationen die einzelnen Bilder drapiert hat, zu nennen, auch Harald Josef Fahrenau, der die Länge einstudierte und meist selbst mitmimte, und letzten Endes ist Rudolf Balut nicht ganz zu vergessen, der für rasche Verwandlungsvorgänge und -vorgänge sorgte und mit seiner flüssigen technischen Einrichtung jede langweilige Atempause glücklich und geschickt verhinderte. S. Sch.

Landestagung des Bühnenvolksbundes

Vor einigen Tagen fand in Freiburg die Landestagung des Bühnenvolksbundes, Landesverband Baden-Württemberg-Hohenzollern und des Bezirksverbandes Pfalz statt, die ein genaues Bild über die kulturelle Arbeit des Bühnenvolksbundes in diesen Bezirken ergab. Durch Beschluß des Bundesauschusses des Bühnenvolksbundes ist Württemberg und die Pfalz dem Landesverband Baden-Hohenzollern neu angegliedert

Aus den Ländern

Der bayerische Ministerpräsident zur Lage

Im Rahmen der allgemeinen politischen Aussprache im Bayerischen Landtag hielt am Donnerstag Ministerpräsident Dr. Feld eine Rede, in der er zunächst betonte, daß der Etat 1931 die Lage der ins Gewaltige getriebenen Finanznot trage, die eine Auswirkung der Wirtschaftskrise und des gesamten politischen Glanzes Deutschlands sei. Der Ministerpräsident, der sich weiter für die Beibehaltung des Ministeriums des Äußern, das nicht nur Existenzberechtigung habe, sondern eine Notwendigkeit sei, einsetzte, erklärte, daß die Lage heute noch viel schlimmer wäre, wenn die Maßnahmen der Reichsregierung nicht getroffen worden wären. Daß Deutschland allein als Schuldnerstaat für die Reparationen aufkommen solle, sei ein unhaltbarer Zustand. Ohne Lösung des Reparationsproblems gebe es keinen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Von einem Panuropa könne solange keine Rede sein, als sich Deutschland in dem Hörigkeitsverhältnis von heute befinde. Die Reichsreform, so führte Dr. Feld weiter aus, sei als Mittel für den Wiederaufbau angegriffen worden. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung durch eine Reichsreform nicht besser und nicht billiger werde, daß aber die Reichsreform auf diese Weise sicherlich nicht gestärkt werde.

Im Landtag von Thüringen wurde am Freitag von allen Parteien einstimmig ein Antrag der Wirtschaftspartei angenommen, wonach die Regierung beauftragt wird, die Reichsregierung aufzufordern, bei den Kreditanstalten im Sinne einer Senkung der Zinssätze hinzuwirken.

Das Sparprogramm des Deutschen Städtetages

Sparvorschläge für die Aufstellung der städtischen Haushaltepläne hat der Deutsche Städtetag ausgearbeitet und den angeschlossenen Städten zugehen lassen. Das Sparprogramm enthält in der Hauptsache Maßnahmen zur Erzielung von Ersparnissen im Schulwesen und im Wohlfahrtswesen. Es wird im Zusammenhang hiermit mitgeteilt, es sei zu befürchten, daß insbesondere wegen der starken Zunahme der Wohlfahrtsdienstleistungen die Städte Ende März 1931 vor einem ungedeckten Fehlbetrag von etwa 420 Millionen Reichsmark stehen werden.

Um in der Wohlfahrtspflege Ersparnisse zu erzielen, wird dringend geraten, die Fürsorge im allgemeinen und auch die für die Wohlfahrtsdienstleistungen möglichst individuell zu gestalten. Nach Möglichkeit sollen die Unterhaltspflichtigen zur Mithilfe stärker in Anspruch genommen werden. Ebenso hofft man, die freie Wohlfahrtspflege, besonders für die Unterbringung Kranker und Gebrechlicher in Anstalten usw., mehr als bisher in Anspruch nehmen zu können. Für die Krankenhäuser hat der Gutachterauschuß für das öffentliche Krankenhauswesen besondere, ins Einzelne gehende Vorschläge für eine wirtschaftliche Krankenhausbauausführung ausgearbeitet, denen sich der Deutsche Städtetag anschließt. Endlich sollen in der Verwaltung der Wohlfahrtspflege durch Zusammenfassung der verschiedenen Ämter wesentliche Ersparnisse erzielt werden können.

Es ist zu berücksichtigen, daß wir in einer Notzeit leben, und daß die Gemeinden daher gezwungen sind, nicht nur in erheblichen oder überflüssigen, sondern auch in wünschenswerten und manchmal sogar in notwendig erscheinenden Dingen zu sparen. Beschneidung auf das Dringlichste ist heute das Gebot der Stunde.

Die Kosten der englischen Arbeitslosenversicherung. Das englische Arbeitsministerium teilt in einer Denkschrift mit, daß die Regierung das Parlament um die Bewilligung von 20 Millionen Pfund Sterling für die Kasse der Arbeitslosenversicherung ersuchen werde. Dadurch erhöht sich der Gesamtbetrag der Arbeitslosenrente auf 90 Millionen Pfund Sterling.

Beendigung des englischen Baumwollkonfliktes. Die in Manchester abgehaltene Konferenz hat die Beendigung der Aussperung in der Textilindustrie von Lancashire beschloffen, so daß 300 000 Weber am Montag die Arbeit wieder aufnehmen werden. Die Währungsfragen wurden zurückgenommen und die Versuche mit neuen Arbeitsmethoden sollen nicht fortgesetzt werden.

12 türkische Kommunisten verurteilt. In Konstantinopel wurden 12 jugendliche türkische Kommunisten beiderlei Geschlechts vom Gericht wegen Verschwörung gegen den Staat zu Gefängnisstrafen von 1 bis zu 2 Jahren verurteilt. Die Verhandlung, die mehrere Monate dauerte, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Ein neuer Ehren doktor der Technischen Hochschule Karlsruhe. Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe haben auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Chemie die Würde eines Ehren doktors Generaldirektor Dipl.-Ing. Franz Wenge im Mühlheim-Styrum wegen seiner außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiete der industriellen Entwicklung des Ruhrbergbaues und der Förderung der mit ihm verbundenen Betriebe verliehen.

Grenzlandmittel für die Dreifacher Heimatspiele. Zur Unterstützung der Heimatspiele in Dreifach ist mit Zustimmung des Reichsministers des Innern laut Mitteilung des badischen Ministers des Kultus und Unterrichts aus dem Grenzfonds I an der Reichsbeihilfe von 2500 M bewilligt worden, welche zur Abdeckung des Aufwands verwendet wird, der im Jahre 1930 aus Anlaß der Erneuerung des Bühnenfundus entstanden ist.

Überreichung des Lessing-Preises des Reichspräsidenten. Mit einer schlichten Feier im Landestheater Braunschwieg erfolgte am Sonntag, am 15. Todestage Lessings, der in Braunschwieg seine letzte Ruhestätte fand, die Überreichung des vom Reichspräsidenten von Hindenburg gestifteten Lessing-Preises in Höhe von 5000 M. Preisträger ist Universitätsprofessor Dr. Hans Reifegang, Jena, dessen Arbeit das Thema „Lessings Weltanschauung“ behandelte. Drei weiteren Arbeiten soll eine lobende vom Reichspräsidenten unterzeichnete Anerkennung zuteil werden. Oberbürgermeister Böhmke machte Mitteilung davon, daß 77 Exemplare von Lessings gesammelten Werken an die besten Schüler braunschwiegischer Schulen und 100 Exemplare von Lessings Werken dem Vertreter für das Deutschland im Auslande zur Weiterleitung an deutsche Auslandsschulen überreicht werden.

Badischer Teil

Dr. Köhler fordert dringend Reichshilfe für Baden

Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurde am Samstag... Dr. Köhler (Centr.) auf die Verhältnisse im Lande Baden zu sprechen.

Die Rheinregulierung bei Kehl

Die Arbeiten zur Rheinregulierung haben seit einiger Zeit auf der Baustraße bei Kehl in vollem Umfange eingesetzt.

Zusammenschluß der drei großen badischen Pferdezüchterverbände

Der schon lange vorbereitete Zusammenschluß der drei großen badischen Pferdezüchterverbände, das sind der oberbadische, der mittelbadische (Warmland) und der unterbadische (Salzland), zu einer Arbeitsgemeinschaft, ist in einer gemeinsamen Sitzung am 6. Februar in Rastatt beschlossen worden.

Aus der badischen Industrie

Arbeitsaufnahme bei großen oberbadischen Zigarrenfabriken. Die Stumpenfabriken Williger-Erhne werden in der kommenden Woche ihren Betrieb wieder in vollem Umfang aufnehmen.

Tagungen

Der Verband badischer Tierzüchtervereine hielt am 31. Januar in Karlsruhe seine 13. diesjährige Vorstandssitzung ab.

Jugendwanderführer 1931

B.A. Die badischen Jugendherbergen haben nicht nur eigene Häuser gebaut in dem Benutzung, einen kleinen Teil der sozialen Fragen, soweit die Jugend in Betracht kommt, zu lösen und in der außerschulischen Erziehung mitzuwirken, sondern sie haben auch von Anfang an die volkswirtschaftlichen Grundlagen in starkem Maße betont.

Aus der Jahresstatistik des Landespolizeiamts Karlsruhe

B.A. Die Gesamtzahl der in der Fingerringabdrucksammlung des Landespolizeiamts registrierten Personen betrug am Jahresende 133 174 (am 1. Jan. 1930: 135 860).

Die Lichtbilderabnahme wurde im Jahre 1930 in zahlreichen Fällen für die Ermittlung unbekannter Täter in Anspruch genommen, und zwar in 229 Fällen mit Erfolg.

Aus der Landesbauhauptstadt

Kartellverordnung, Preisbindung, Preisfestsetzung

Aber dieses Thema sprach am Donnerstagabend auf Einladung der Karlsruher Handelskammer der Vorsitzende des finanzpolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Max Cohen, Kauf, der vom Präsidenten Nicolai mit dem Hinweis auf seinen früheren von der Kammer dankbar aufgenommenen Vortrag herzlich begrüßt wurde.

Der Vortragende gab zunächst einen Überblick über die heutige Situation des deutschen Volkes, die u. a. dadurch gekennzeichnet sei, daß durch die Inflation wohl 90 Proz. der früher wohlhabenden Schichten ausgehöhlt wurden.

Schmuckfahndiebstat

In der Nacht zum 5. Februar 1931 wurden durch Einbrechen einer Glasvitrine im Grandhotel in Wien folgende Schmuckstücke im Wert von 4000 Dollar gestohlen:

- 1. Ein Uhrbracelett 20 mal 183 Millimeter groß aus Platin, befestigt mit 132 Brillanten, zusammen 13,09 Karat, Schweizer-Markel-Uhr.

Geistlicher Rat Dr. Meyer 30 Jahre Chefredakteur. Chefredakteur Geistlicher Rat Dr. Meyer konnte am Sonntag auf eine 30jährige Tätigkeit als Chefredakteur des „Badischen Beobachters“ blicken.

Colosseumtheater. Wie uns die Direktion mitteilt, ist es ihr gelungen, vom 16. bis 28. Februar ein Wiener Gastspiel zu verpflichten. Von den prominenten Künstlern sind besonders hervorzuheben: Margarete Szegal, die gefeierte Sängerin, sowie Harry Payer, Wiens beliebtester Operettentenor.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Eine neue atlantische Zyklone, die vor der norwegischen Küste angelangt ist, fördert auf ihrer Südseite über England milde ozeanische Luft nach dem Festlande.

Neuzeit Nachrichten aus Baden

Besichtigung von Generaldirektor Dr. Fischer.

B3. Gernsbach, 16. Febr. Die Besuche von Generaldirektor Dr. h. c. Arwed Fischer wurde in einem endlosen Trauerzuge nach Gernsbach übergeführt.

Auf dem evangelischen Friedhofe sprachen am offenen Grabe neben dem Stadtpfarrer Diemer Major von Oechelhäuser im Auftrage von Vorstand und Aufsichtsrat der Firma G. Gotschmann & Co., Baurat Glaser namens der Beamten und Angestellten, Fabrikant Bösch für die badischen Papierindustrie, Direktor Moritz für die württembergischen Papierindustrie, Geb. Rat Dr. Feindl, Augsburg, für den Verband der deutschen Druckpapierindustrie und den Arbeitgeberverband, Präsident Nicolai für die Handelskammer Karlsruhe, Geb. Rat Prof. Dr. Rehsch für die Technische Hochschule Karlsruhe, Direktor Wilhelm für die Reichsbankstelle Karlsruhe und Betriebsratsmitglied Martin Werfel im Namen der Arbeiterschaft der Firma.

Ivesheim, 10. Febr. Das Orchester der Heidelberger Lehrerbildungsanstalt unter Leitung von Studienrat Hoffmeister gab am Samstag nachmittag in der badischen Blindenanstalt den Kindern ein Konzert, das für die Blinden, die ja für musikalische Vorführungen besonders dankbar sind, zu einem schönen Erlebnis wurde.

Freiburg, 13. Febr. Ein großes Schlaglicht auf das Dienen- und Zuhälterwesen in Freiburg warf eine Schöffengerichtssitzung am Donnerstag. Sämtliche Anklagefälle betrafen Zuhälterei. Vom Klage des Anklagevertreters und vom Richter fiel eine scharfe Bemerkung über die Begleiterscheinungen des am 1. Oktober 1927 in Kraft getretenen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location, date (16. Februar, 14. Februar), and price/weight. Locations include Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 11. Februar berechnete Großhandelsindexziffer hat sich mit 114,5 gegenüber der Vormoche (113,7) um 0,7 Prozent erhöht.

Staatsanzeiger

Lösungsvertrag

Dem katholischen Stadtpfarrer Weil der Stadt wurde die Erlaubnis zum Lösungsvertrag (Denkmalspflege) in Baden erteilt. Karlsruhe, den 13. Februar 1931.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts Ernennungen: Der ordentliche Professor an der Universität Göttingen Dr. Eduard Fraenkel mit Wirkung vom 1. April 1931 an zum ordentlichen Professor für klassische Philologie an der Universität Freiburg und zum Mitdirektor des dortigen Seminars für klassische Philologie.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 132 Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Gemeinderundschau

Bürgermeisterjubiläum. In diesem Jahr können eine Reihe von Bürgermeistern des Bezirks Waldshut ihr Jubiläum feiern, und zwar Bürgermeister Löber von Löhsingen das 30jährige, Bürgermeister Kaiser, Strittmatt, Wenz, Grunholz, Albrüter, Unteregglingen, das 30jährige, Bürgermeister Matt, Segeten, das 30jährige und Bürgermeister Nitzmann Wühl, das 37jährige Jubiläum.

Berücksichtigung der Geschäftsordnung im Mannheimer Bürgerauschuss. Mit Rücksicht auf die Vorgänge in der letzten Bürgerauschuss-Sitzung in Mannheim schlägt der Stadtrat dem Bürgerauschuss eine Reihe von Änderungen der Geschäftsordnung im Sinne einer Verschärfung vor — Die tägliche Dienstreise des Fahrpersonals der Straßenbahn Mannheim wird, um Entlassungen zu verhindern, von 8¼ auf 8 Stunden herabgesetzt.

Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn verlangt. Die Verkehrsvereinsgemeinschaft Schwarzwaldbahn-Bodensee-Rheinfall hat in Billingen in einer Sitzung des gesamten Vorstandes und Ausschusses zu den neuen Ost-Westplänen der Reichsbahnelektrifizierung Stellung genommen und ihre Fassung in einer Entschließung niedergelegt, die der Reichsbahndirektion Karlsruhe übermittleit wurde. In dieser Entschließung wird betont, daß schon rein betriebswirtschaftliche Gründe dazu zwingen, in erster Linie die Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn in Aussicht zu nehmen.

Arbeit für die Erwerbslosen in Baden-Baden. Nach einem Beschlusse des Baden-Badener Stadtrats wird die Vergebung städtischer Arbeiten und die Gewährung von Wohnungsbaudarlehen mit der Verpflichtung für die Unternehmer verbunden, in der Zeit zwischen Auftragserteilung und Ablieferung der Arbeit, bei Bedarf nur durch Vermittlung des Arbeitsamtes hier anständige Arbeiter einzustellen. Das Arbeitsamt wird hierbei bis zu 100 Prozent geeignete Wohlfahrtsberwerblöse zuweisen.

Eine Aussprache über die Waderfrage in Baden-Baden. Dieser Tage trat der Stadtrat Baden-Baden, der Kuratorium und der Stadtverordneten-Vorstand zu einer Sitzung zusammen, um vor allem die Waderfrage einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Um den katastrophalen Niedergang der Waderstadt aufzuhalten, sind außerordentliche Maßnahmen notwendig, die in der Wiederherstellung des Glücksspiels und in der Rentabilitätssteigerung der Wader gesehen werden. Es wurde beschlossen, an die Regierung die Bitte zu richten, eine eingehende Prüfung dieser für Baden-Baden lebenswichtigen Fragen vorzunehmen. Ein vom Oberbürgermeister vorgelegter Bericht an das Ministerium des Innern wurde gutgeheißen.

Die Gemeindevahlen in Dreifach sind bekanntlich für ungültig erklärt worden. Es ist daher ein neuer Wahlgang für den nächsten Sonntag ausgeschrieben worden. Der Bürgerauschuss Staufien genehmigte mit 88 gegen 18 Stimmen die Einführung der Bürgersteuer nach den Landesgesetzen von 1930.

35 000 RM für Straßenbau aus dem Westfonds. Wie man hört, wurden der Kreisverwaltung Offenburg zur Verbreiterung der Kreisstraße Oberhartmersbach-Böcherberg 35 000 RM aus dem Westfonds zu Verfügung gestellt; nach dem Ausbau der Straße wird auf 55 000 RM veranschlagt. Nach der Ausführung will der badische Staat die Straße unter die Staatsstraßen aufnehmen.

Um die Fortsetzung der Dreieisenbahn. Unter der Führung von Bürgermeisterstellvertreter Basmer war am Donnerstag eine Kommission aus dem Bezirk Waldshut in Karlsruhe, um beim Innenminister wegen der Fortsetzung der Dreieisenbahn nach St. Blasien und wegen des Ausbaues der Stadtautstraße vorstellig zu werden.

Das Kraftwerk Säckingen. Im Säckinger Bürgerauschuss erklärte Bürgermeister Trunzer auf eine Anfrage nach dem Stand der Angelegenheit des Kraftwerkes Säckingen, daß er von seinem Besuche in Karlsruhe den allerbesten Eindruck mitgenommen habe. Man könne damit rechnen, daß bis Anfang März die deutsch-schweizerischen Konzeptionsverhandlungen den Anfang nehmen. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen sei die Konzeptions-Trägerin und werde auch den Bau durchführen. Auch die Reichsbahn sei Bewerberin des Kraftwerkes.

Ludwigshafen und der Rheinbrückenbau. Die Stadt Ludwigshafen ist an den Kosten für die neue Rheinbrücke mit einem Betrag von 450 000 RM beteiligt, der in mehreren Jahresraten zu zahlen ist.

Zentralhandelsregister für Baden.

Heidelberg. A. 436. Handelsregister Abt. A Band III O.-B. 120: Die Firma Johann Staab in Heidelberg ist erloschen. Abt. B Band IV O.-B. 14: Die Firma Heim & Deitrich-Heidelberg-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg ist erloschen.

O.-B. 110: Firma Johann Staab, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Dezember 1930 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist Handel und Expedition von Zeitschriften u. Büchern aller Art, durch Übernahme und Fortbetrieb der bestehenden Firma Johann Staab in Heidelberg, Hauptstraße 30. Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen in Heidelberg oder anderen Orten zu erwerben, neu zu errichten oder sich an bestehenden Unternehmen zu beteiligen. Es können sämtliche einschlägigen Geschäfte betrieben werden, die geeignet sind, die Gesellschaft zu fördern. Stammkapital: 20 000 RM.

Geschäftsführer ist Johann Staab, Verlagsbuchhändler in Heidelberg. Die Gesellschafter Johann Staab, Verlagsbuchhändler, dessen Ehefrau, Elisabeth geb. Sommer, und ihre Tochter, Hildegard Staab, alle in Heidelberg, bringen in die Gesellschaft ein: Voreinrichtungen im Werte von 1974 RM, 1 Personenvanwagen i. B. von 3000 RM und Waren (Zeitschriften) i. B. von 3026 RM, zusammen 8000 RM. Davon werden angerechnet auf die Stammeinlage von Johann Staab 4000 RM und auf die der beiden anderen Gesellschafter je 2000 RM. Heidelberg, 3. Febr. 1931. Amtsgericht.

Karlsruhe. A. 439. Handelsregister einträge. 1. Schröder & Co., Karlsruhe. Einzelkaufmann: Kaufmann Theodor Schröder, Ehefrau, Regina geb. Fortlouis, Karlsruhe. Prokura: Theodor Schröder, Kaufmann, Karlsruhe.

8. II. 31. Friedrich Doll, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Friedrich Doll, Karlsruhe (Vertrieb von Laeden und Farben, Kaiserstraße 17). 7. II. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. A. 439. Handelsregister einträge. 1. Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Karlsruhe (Baden), Haupt-Post Berlin. Die Prokura des Arthur Wagner ist erloschen. 3. II. 31. 2. Badische Leberwerke in Karlsruhe. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. Dezember 1929 wurde das Grundkapital um 1 000 000 RM herabgesetzt und verteilt ist

50 000 RM, eingeteilt in 500 Aktien à 100 RM und der Gesellschaftsvertrag entsprechend geändert. 6. II. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Kehl. A. 435. Handelsregister. 1. Firma Ed. Zühlke & Cie. Aktiengesellschaft, mit dem Sitz in Stuttgart, Zweigniederlassung Kehl: Die Prokura des Wilhelm Storz ist erloschen. Dr. Rudolf Mayer ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

2. Firma Darmstädter u. Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Zweigniederlassung Kehl in Kehl, Hauptniederlassung Berlin: Die Prokura des Arthur Wagner in Berlin ist erloschen. 3. Firma Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Kehl in Kehl, mit dem Hauptsitz in Berlin: Dr. Paul Bonn in Berlin und Selmar Febr in Berlin-Charlottenburg sind aus dem Vorstand ausgeschieden.

Kehl, 27. Januar 1931. Bad. Amtsgericht.

Mannheim. A. 429. Handelsregister einträge vom 28. Januar 1931. Lichtspiele Gesellschaft, Mannheim: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 15. Oktober 1930 ist der Gesellschaftsvertrag in § 4 geändert. Die Änderung betrifft die Leistung einer Stammeinlage in barem Gelde statt in Sachen.

S. Hildebrand & Söhne-Aktiengesellschaft, Mannheim. Die 50 000 Stammaktien zu je 40 RM sind in 1900 Stammaktien zu je 1000 RM und in 1000 Stammaktien zu je 100 RM umgetauscht worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 17. September 1930 weiter in § 4 Satz 1 entsprechend dem Aktienumsatz geändert.

A. 430. Rheinische Motorwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Süddeutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Mannheim: Zu Gesamtprokuristen derart, daß jeder derselben berechtigt ist, die Firma gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied zu zeichnen, sind bestellt: Rudolf Breuder, Mannheim, und Frits Klemenz, Mannheim. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 23. Juni 1930 erhielt der § 11 des Gesellschaftsvertrages einen zweiten Absatz. Danach ist der Aufsichtsrat nicht befugt, in die Aktien über bei dritten vorgenommenen Revisionen ohne Zustimmung des Auftraggebers Einblick zu nehmen.

Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Mannheim in Mannheim

als Zweigniederlassung der Firma Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien in Berlin: Die Prokura des Oskar Kupprion ist erloschen.

Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mannheim. A. 433. Handelsregister einträge vom 31. Januar 1931: Motoren-Werte Mannheim Aktiengesellschaft vorm. Bess, Abt. stationärer Motorenbau, Mannheim: Ingenieur Wilhelm Strauß ist nicht mehr Vorstandsbetreiber. Die Prokura des Julius Memmler ist erloschen. Mannheim Dampf-Schleppschiff-Fahr-Gesellschaft in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Rheinische Gummi- und Cellulose-Fabrik, Mannheim: Dem Hans Fromm in Mannheim ist Gesamtprokura erteilt; er ist berechtigt, die Gesellschaft gemeinsam mit einem Vorstandsmittglied zu vertreten.

Worbis Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Prokura des Hans Wafem ist erloschen. Weinheim Debon Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Emma Bühler geb. Memmele ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Max Schuster in Mannheim ist zum Geschäftsführer bestellt. Louis Stern, Mannheim, Zweigniederlassung, Sitz Lauderbachhofheim: Das bisher als Zweigniederlassung Mannheim geführte Geschäft ist samt der Firma auf den Kaufmann Siegfried Stern in Mannheim übergegangen, welcher es als Einzelkaufmann unter der Firma Louis Stern in Mannheim weiterführt.

Gebr. Abenheimer, Mannheim: Die Prokura des Ludwig Pfeiffer ist erloschen. Jakob Schneider, Mannheim: Das Geschäft samt Firma, jedoch ohne Verbindlichkeiten, ist von Margareta Schneider geborene Hechtelberger auf Kaufmann Karl Schneider in Mannheim übergegangen. Die Prokura des Jakob Schneider besteht fort.

Karl Weber's Köchensmagazin, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Karl Weber in Mannheim. Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mannheim. A. 452. Handelsregister einträge vom 7. Februar 1931: Jakob Jacobsohn, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Jakob Jacobsohn, Mannheim. Geschäftszweig Herstellung und Vertrieb von Baumwollfäden und Handel mit ähnlichen Artikeln. Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mannheim. A. 453. Handelsregister einträge vom 4. Februar 1931: Bauhütte Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Prokura des Heinrich Lauer ist erloschen.

Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Mannheim in Mannheim, als Zweigniederlassung der Firma Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien in Berlin: Die Prokura des Arthur Wagner ist erloschen.

Alfred Koch, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Gebr. Manes, Mannheim: Die Prokura des Daniel Moskowitz ist erloschen. Das Geschäft mit Aktien und Passiven samt der Firma ist von Kaufmann Fritz Manes auf Kaufmann Jean Jakob, genannt Hans Manes, in Mannheim übergegangen. Dieser führt das Geschäft unter der bisherigen Firma weiter.

Otto Grabmayer, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Otto Grabmayer, Mannheim. Jakob Belschner in Mannheim ist als Prokurist bestellt.

Franz Herbert, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Hermann Deifler Witwe, Mannheim: Die Firma ist erloschen. Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mannheim. A. 455. Handelsregister einträge vom 5. Februar 1931: Mannheim Gummi-, Gutta-percha & Albest-Fabrik Aktiengesellschaft, Mannheim: Die Generalversammlung vom 30. Januar 1931 hat die Herabsetzung des Grundkapitals von 1 205 000 RM auf 120 000 RM und die Wiedererhöhung des Grundkapitals um den Betrag von 400 000 RM beschlossen. Die Wiedererhöhung des Grundkapitals ist durchgeführt. Das selbe beträgt jetzt 520 000 RM. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. Januar 1931 hinsichtlich der Firma und in § 2 Abs. 1 (Gegenstand des Unternehmens), § 4 Abs. 4 (Rechte der Vorzugsaktien), § 21 (Stimmrecht) und § 29 (Verwendung des Reingewinns) geändert; die Absätze 5 und 6 des § 4 kommen in Wegfall. Die Firma lautet jetzt: Mannheim Gummi-Fabrik Aktiengesellschaft. Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: die Herstellung und der Verkauf von Gummi-, Gutta-percha-waren aller Art und aller verwandten oder mitverknüpflichen Wa-

ren sowie die Gewinnung oder Herstellung und der Vertrieb aller einschlägigen Rohstoffe und Hilfsmaterialien. Die Gesellschaft ist berechtigt, gleiche oder ähnliche Unternehmen zu erwerben, zu pachten oder sich an solchen zu beteiligen sowie Interessengemeinschaften mit solchen in irgendwelcher Form einzugehen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Auf die Kapitalerhöhung werden 1200 Stück auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je 100 RM und 280 Stück Vorzugsaktien zu je 1000 RM, und zwar zum Kurse von 100 Proz. ausgegeben. Die Vorzugsaktien erhalten vom jährlichen Reingewinn 8 Proz. des Nominalbetrages. Dann erhalten die Stammaktien 5 Proz. Der vorhandene Rest wird auf das gesamte

Grundkapital gleichmäßig verteilt. Bei der Liquidation der Gesellschaft erhalten die Vorzugsaktionäre, alsdann erst die Stammaktionäre den Kennbetrag ihrer Aktien nach dem Verhältnis ihres Aktienbetrags. Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Forsheim. A. 454. Handelsregister einträge. 1. Firma Richard Jungmann, Forsheim: Das Geschäft ist mit der Firma auf Richard Jungmann, Fabrikant, Witwe, Wabette geb. Wahn, in Forsheim übergegangen. 2. Firma Steudle & Cie., Forsheim: Die Prokura des Christian Steudle ist erloschen. 3. Die Firma Oswald Stürker, Forsheim, ist erloschen.

R. 295. Bruchsal. Aber das Vermögen des Kaufmanns Leopold Holzmueller in Bruchsal wurde am 13. Februar 1931, nachmittags 4 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Rechtsanwalt Groß in Bruchsal wurde zur Vertretung bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird bestimmt auf Freitag, den 13. März 1931, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Bruchsal, 1. Stod. Zimmer Nr. 8. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst Ergebnis der Ermittlungen und auf der Geschäftsstelle — Zimmer 15 — zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, den 13. Februar 1931. Amtsgericht IV, Geschäftsstelle.

Für die Fortführung der Reichthalbahn von Bad. Peterstal nach Griesbach (Profil 92+10 bis Profil 107+10) sind Unterbauarbeiten öffentlich zu vergeben: Erd- und Felsbewehrung 38 000 m³, Vererdnen 36 000 m³, Böschungsbefestigung 15 000 m³, Straßen- und Kampenbefestigungen 4 000 m³ und sonstige zu-

gehörige Arbeiten. Verbindungsunterlagen beim Neubauamt Oppenau einzusehen; hier auch Leistungsbedingungen samt Beding. und Abgabe nach auswärts gegen Voreinsendung von 1,50 RM in bar an das Amt; keine Briefmarken. Keine Abgabe von Zeichnungen. Angebote beschließen mit Aufschrift: „Angebot Unterbau“ und postfrei spätestens bis 2. März 1931, vorm. 11 Uhr, zur Eröffnungszeit, hieher eingzureichen. Zuschlagfrist: 4 Wochen. Führung über die Baustelle Dienstags u. Freitags, 13 Uhr, ab Bahnhof Bad Peterstal, nach Anmeldung. R. 286. Reichsbahn-Neubauamt Oppenau.

Badisches Landestheater. Montag, den 16. Febr. 1931. Faustnacht-Habarett. Künstlerische Leitung: Dr. Waag.

Badisches Landestheater. Montag, den 16. Febr. 1931. Faustnacht-Habarett. Künstlerische Leitung: Dr. Waag.

Badisches Landestheater. Montag, den 16. Febr. 1931. Faustnacht-Habarett. Künstlerische Leitung: Dr. Waag.

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr Premiere K. 985

Margarete Slezak

die gefeierte Sängerin

Harry Payer

Wiens beliebtester Operettentenor in

„Viermal Ehe“

Vaudeville in 3 Akten und 6 Bildern

in der Starbesetzung
 Sonja Altbach Karl Schostal
 Adolf Körner Benno Feldmann
 Ernst Neuhardt Walter Eugen

Die Chat-Noir-Girls
 Musik von Dr. Egon Neumann
 unter persönlicher Leitung
 des Komponisten